

Frieden, Menschenrechte, ostdeutsche Interessen

Wolfgang Richter, Bundesvorsitzender der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. GBM

Liebe Freunde, Mitstreiter und Kampfgefährten

durch mehr als anderthalb Jahrzehnte außerparlamentarischer zivilgesellschaftlicher Opposition gegen Enteignung, Abwicklung, Arbeitslosigkeit, Rentenungerechtigkeit, allgemeine Entrechtung, Verunglimpfung, Diskriminierung und soziale Verunsicherung - nicht nur der Ostdeutschen. Der Angriff auf die Würde der Biographien, die für eine sozialistische Welt, dauerhaften Frieden und soziale Gerechtigkeit gelebt wurden, erinnert mich an einen vielzitierten Satz von Pastor Dieter Frielinghaus im Vorwort¹ des Weissbuch 1 der GBM von 1992 „Unfrieden in Deutschland. Diskriminierung in den neuen Bundesländern“. Er schrieb: „Wir bezweifeln, dass jemals außerhalb von Kriegs- und Nachkriegszeiten das Leben so vieler Menschen in so kurzer Zeit in solche Ungewissheit, Ratlosigkeit und Not gestürzt worden ist.“ Man befände im Grunde genommen schon als strafwürdig, dass es uns, die DDR und die sozialistischen Länder überhaupt gegeben hat. Wir befinden uns wenige Wochen vor den Bundestagswahlen. Sie stehen auch im Zeichen der akuten Weltwirtschaftskrise, die offensichtlich systemischen Charakter trägt. Niemand im ganzen Land kann mit den Wahlen Hoffnungen auf eine andere Politik verbinden, auf entschiedene Reformschritte und sozialstaatliches Umdenken derjenigen, die zur Regierungsbildung bereitstehen. Es ist ein unverhohlener Zynismus, sich angesichts dieser Situation hinzustellen und 20 Jahre 1989 zu begehen, als ob sich die Hoffnungen und Erwartungen der Menschen, die einen reformierten Sozialismus wollten, heute und in dieser Bundesrepublik erfüllt hätten oder auch nur ansatzweise hätten erfüllen können. Zugleich ist

¹ Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, GBM (Hg.), Unfrieden in Deutschland. Weissbuch. Diskriminierung in den neuen Bundesländern. 1992. S.8

die herrschende politische Klasse dieses Landes in den letzten zwanzig Jahren moralisch noch weiter verschlissen. Wer den Anschein erwecken will, er spiele den Erlöser aus der Krise, will nur vergessen lassen, dass nicht erst die letzten Jahre der „schwarz-roten“ Regierung, sondern auch schon „rot-grün“ eine in dieser Dimension neuartige Offensive eines sozialen Krieges nach innen und außen begannen, bei dem Jugoslawienkrieg, Hindukusch und Irak nur die andere Seite der Medaille von Sozial- und Demokratieabbau waren und sind, von Agenda 2010, Hartz IV und Überwachungsstaat, von millionenfachen Existenzbedrohungen und -vernichtungen.

Was hat wohl Schumpeter, der mit seiner „schöpferischen Zerstörung“ schon Pate der global eingesetzten Schocktherapien nach dem zweiten Weltkrieg war und weitere Transformationsprozesse nach dem Ende des „sozialistischen Lagers“ inspirierte, wohl sonst ahnen lassen, als was nicht schon als neue Wirklichkeit aufschiene. Denn auch der, dem es finanziell nicht so schlecht geht, kann sich den zermalmenden Rädern des wieder modernen Manchesterkapitalismus nicht entwinden, die ihn auf diese Gesellschaft zurichten und seine Subjektivität zerstören. Das trifft nicht zuletzt auch auf Sozialstrategien zu, „die innerhalb und außerhalb des Unternehmens den Griff in die ‚Ressource‘ Mensch vertiefen und die produktive Zurichtung seiner Subjektivität intensivieren und in neue Dimensionen treiben. Der Zugriff ist total und gewaltsam. Die Gängelung, die Qualen des Maßregelungsterrors und der Partizipationszwänge, an die die staatlichen Leistungen geknüpft sind, sind keine bloße Schikane oder Vehikel rein finanzieller Kürzung. Sie sind Teil dieses komplexen, umfassenden Zugriffs. Die Drohung mit Existenzvernichtung, ja mit Hungertod, mit Prekarisierung, Deklassierung und dem Ausschluss in die Überflüssigkeit sind der äußerste Pol der Zwangsmittel, um Subjektivität zuzurichten.“²

Die heutige Beratung soll ja dem Zweck dienen, die Effektivität unserer Zusammenarbeit im OKV zu erhöhen und das OKV trotz mancher natürlicher Verluste an Mitgliedern, Kraft und

² Detlev Hartmann, Gerald Geppert: Cluster. Die neue Ertztape des Kapitalismus. Berlin Hamburg 2008 S. 23

Mobilisierungsfähigkeit zu einer noch wirksameren und konsequenteren Interessenvertretung, als einen unübersehbaren Faktor des öffentlichen Lebens zu machen. Das sind wir der skizzierten Dimension globaler und sozialer Bedrohung schuldig. Auf diesen Weg haben wir uns begeben, aber wir haben mit dem Anspruch, in vielfältigen Widerstandsformen Gegenmacht zu organisieren, die Macht auch gegen uns auf den Plan gerufen - und nicht nur bei G8 und NATO, bei Heiligendamm und Kehl sondern im ganz alltäglichen politischen Geschäft - man merkt es, wenn man den Fernseher anschaltet oder eine der großen Zeitungen aufschlägt.

In den 90er Jahren gelangen uns noch größere Kundgebungen und Demos auf dem Alex oder dem Gendarmenmarkt, um für die Interessen der Ostdeutschen einzutreten, als heute. Der Staat reagierte mit zahlreichen Verletzungen des GG, um unsere Wirkungsmöglichkeiten einzuschränken. Man möchte ihm das Grundgesetz um die Ohren hauen, damit er seine Existenz verspürt. Sehen wir selbst von Artikel 1 ab, der Unantastbarkeit der Würde des Menschen, dessen Anspruch eine generelle Gesellschaftskritik zum Ausdruck bringt. Das weist weit über Verletzungen aktuellerer Art hinaus, die mit Folterverbot, Umgang mit „vergifteten Informationen“, Flüchtlingslagern etc. z.B. im aktuellen Grundrechtreport 2009 genannt werden. Ich nenne fast willkürlich Verletzungen des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art 2, Videoüberwachung im öffentlichen Raum, Datenkraken der Privatwirtschaft wie Lidl etc.), Verletzungen des Gleichheitsgebots Art 3, Verletzungen der Informationsfreiheit (Art. 5, auch durch offizielle Desinformationspolitik über Kriegsgründe und -verläufe wie Jugoslawienkrieg u.a. Kriege) Verletzungen der Versammlungsfreiheit (Art. 8), Verletzungen des Rechtsschutzes (Art. 19), Verletzungen der Gewaltentrennung (Art. 20), Verletzungen des Völkerrechts (Art 25/26 – Angriffskrieg) etc um nur eine kleine Auswahl zu treffen.

Das OKV ist mit dem Ostdeutschen Memorandum 1992 von den in ihm vereinigten Verbänden aus der Taufe gehoben worden. „weil man sich sonst - wenn man nichts tut - nur

noch wie Kohls Kriegsgefangener vorkommt“, hieß es aus diesem Anlass in einer Berliner Zeitung. Das OKV war von Anfang an darauf gegründet, dass sich in ihm starke Verbände zusammenfinden, die jeder für sich eine eigenständige Rolle spielen und durch Abstimmungen im Netzwerk des OKV ihre Wirksamkeit vergrößern. Dass damals gleichzeitig die Komitees der Gerechtigkeit entstanden, von denen es einige bis heute im OKV gibt, signalisiert, dass die meisten Verbände des Kuratoriums in größerer linker Einmütigkeit agierten, als es innerhalb der PDS der Fall war und, dass dieser damals die verstärkte Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die öffentliche Meinungsbildung, insbesondere auch vor der Bundestagswahl, unerlässlich schien.

Ich möchte kurz auf zwei Schwerpunkte der Arbeit der GBM im OKV eingehen und eine noch wirksamere Zusammenarbeit auf diesen Gebieten anregen, sie sozusagen als Querschnittsaufgaben anbieten.

Das betrifft das Friedensengagement und das betrifft den Kampf um Menschenrechte.

Im März des Jahres hat die GBM in Berlin mit der Deutschen Sektion des epf eine Tagung gemeinsam mit anderen Verbänden des OKV durchgeführt. Es waren 160 Friedensbewegte aus 10 Ländern anwesend. Das OKV hat seit seiner Gründung der Friedensfrage eine große Bedeutung zugemessen. Nicht jeder war der Meinung, dass das so wichtig ist.

Aber gerade in der Frage des Friedens haben wir mit unseren Biographien Unverwechselbares einzubringen. Wir waren wichtige Akteure einer Geschichte fast eines Jahrhunderts Kampfes um Sozialismus und Frieden, die mit friedlicher Koexistenz und Entspannungspolitik der Menschheit einen dritten Weltkrieg ersparte. Wir können anknüpfen an unsere marxistischen Kenntnisse, dass der Krieg kein Gesetz der Natur ist, sondern systembedingt, Kind des schon in seinem Profitstreben angelegt aggressiven Imperialismus. Und wenn wir feststellen müssen, dass die Kriegsgefahren für die Menschheit heute von Jahr zu Jahr steigen, aber das Bewusstsein der Gefahr nicht mitwächst, dann haben wir die Aufgabe, immer wieder die sozialen Grundlagen des Krieges aufzudecken. Wir sollten dabei nicht vergessen, dass B.

Obama nicht Dinge lösen wird, für die er seine Gesellschaft erst revolutionieren und die globalen Interessen der USA und ihre „strategische Kultur“ gänzlich anders bestimmen müsste.

Schließlich ist die Friedensfrage für uns auch ein wichtiges Thema, um der Verteufelung der Geschichte des Sozialismus etwas Überzeugendes entgegenzusetzen. Im 20. Jahrhundert wurden 60% bis 70% aller Kriege von Ländern des Kapitals und nur 2% bis 3% von sozialistischen Ländern vom Zaun gebrochen. Nach 1945 stieg der Anteil der von den USA geführten Kriege auf 80 bis 90%. Es gibt eine Klassenlinie, die Jahrzehnte kontinuierlich durchzog, die den Kalten Krieg mit dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki beginnen ließ und in Bushs Politik der Pax Americana einen neuen traurigen Höhepunkt fand. Die Jahre 89 bis 92 und die Charta von Paris vermochten auch mit dem Ende des sozialistischen Weltsystems, wie die Entwicklung bald zeigte, den übriggebliebenen Kapitalismus als Friedensengel zu verklären.

Die Frage Frieden und Menschenrechte verbindet unsere Arbeit aufs engste mit den internationalen Entwicklungen. Und als epf, das dringend noch weitere Mitglieder und darunter auch weitere Experten sucht, haben wir zunächst nun einmal mit Europa zu tun. Und niemand weiß heute genau, wie eine künftige europäische Sicherheitsarchitektur aussehen sollte oder könnte und woran anzuknüpfen wäre - an das gescheiterte Helsinki? Nicht, weil ein Wunschbild so schwer zu malen wäre, sondern weil die Staaten nicht wirklich wollen. Das Vertrauenspotential ist beschädigt. Die Institutionen und Vertragswerke sind nur zu oft hinfällig. Die KSZE ist nur schwer reanimierbar. Der Lissabonner Reformvertrag kann sie nicht ersetzen. Er verpflichtet seine Teilnehmer zur Aufrüstung. Und die Kriegswunden der letzten beiden Jahrzehnte wirken unvermindert nach.

Dass vor der NATO niemand mehr Angst haben muss, ist aus dem Reich der Märchen.

Um mit den Worten des diesjährigen Friedenspreisträgers des Deutschen Buchhandels Claudio Magris etwas zu Europa zu sagen - ein Menetekel aus der Mitte der neunziger Jahre, „dass Osteuropa, befreit von seinen Traditionen und vom Kommunismus, drauf und dran sei, sich eine neue Identität zu schaffen und dabei aber leider eine Art ‚einundfünfzigster Staat der USA‘ werden könnte. ‚Diese Gefahr besteht auch für das europäische Objekt.‘ Brzezinski hatte in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ („The great chessboard“) - ohne jedweden empörten Aufschrei - die europäischen Staaten Vasallen der USA genannt. Die Gefahr ist nicht gebannt, wenngleich auch mehrere konkurrierende Weltzentren wirksam den Unilateralismusanspruch der USA untergraben.

Osteuropa wurde mittels dreier antisozialistischen Gifte der freien Marktwirtschaft kolonialisiert: Privatisierung, Deregulierung und tiefe Einschnitte bei den Sozialausgaben. Kriege hatten das Umfeld dafür vorbereitet oder geschaffen. Sie firmieren auch noch unter dem Begriff „Schocktherapie“. „Durch die Brille dieser Doktrin sehen die letzten 35 Jahre ganz anders aus. Ein paar der infamsten Menschenrechtsverletzungen dieser Zeit, die man meist als sadistische Taten antidemokratischer Regime bezeichnete, wurden in Wirklichkeit mit voller Absicht verübt, um die linken Kräfte weltweit zurückzudrängen.“ „Die Staatsstriche, die Kriege und das Morden zur Durchsetzung prokorporatistischer Regime wurden nie als kapitalistische Verbrechen behandelt, sondern als Exzesse übereifriger Diktatoren abgetan oder als Frontkämpfe im Kalten Krieg beziehungsweise jetzt im Krieg gegen den Terror.“ Immer solle, so Naomi Klein weiter, nur der Eindruck erweckt werden, es seien Kämpfe gegen etwas, gegen den „bösen“ Sozialismus oder Terrorismus gewesen. Aber es waren vor allem Kämpfe für etwas, „für die Verbreitung des puristischen Kapitalismus“³. Diese Kämpfe gehen weiter. Um so wichtiger ist die Eindämmung der Rolle des Militärischen in den internationalen Beziehungen.

³ Naomi Klein, Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. Frankfurt a. Main 2007 S. 36

Die Charta von Paris verhiess eine Welt ewigen Friedens. Sie war die Jahrhundertlüge vom Ende der Systemauseinandersetzung mit militärischen Mitteln.

Denn die Kriegsgründe existieren fort. Ich nenne hier vier:

- Die Systemauseinandersetzung selbst setzt sich fort. Wie groß Europa ist oder wer die Welt vom Faschismus befreite, wären sonst keine so heiß umstrittenen Fragen. Auch deshalb haben wir die Verpflichtung, im nächsten Jahr den 65 Jahrestag der Befreiung - wie den 60. - würdevoll zu begehen. Den Kapitalismus weltgeschichtlich auf Dauer zu stellen, war schon die amerikanische Vision, mit dem Ende des sozialistischen Weltsystems das „Ende der Geschichte“ bewirkt zu haben.

- Es entstehen und wirken neue alte Feindbilder und sie werden geschürt.

- Der Kampf um die Ressourcen und andere globale Herausforderungen ist entbrannt. Das zeigt uns der Streit um den angeblichen oder wirklichen Satz von Madeleine Albright, sie finde es ungerecht, dass Russland allein die Kontrolle über die enormen natürlichen Ressourcen Sibiriens hat. Russland hat wirklich ein Drittel der Ressourcen der Welt an z.Zt. nutzbaren Rohstoffen. Serbien wäre unter den zehn rohstoffreichsten Ländern der Erde - mit Kosovo. Ohne Kosovo ist es nicht unter den reichsten 100. Der modernste Militärstützpunkt der USA, Bondsteel, ist nicht ohne Grund dort. Und wer sagt uns denn, dass im erbitterten Kampf um die Ressourcen sog. Demokratien wirklich keine Kriege (auch untereinander) führen werden.

- Die Welt wird bald nicht mehr beherrschbar sein. Abrüstung ist überlebenswichtig.

Vielleicht wäre es gut, eine Arbeitsgruppe aller Verbände des OKV und darüber hinaus zu bilden, die sich dem Friedenskampf widmet, die territoriale Entsprechungen hat und im Rahmen des epf agiert. Das ist schließlich unser gemeinsames Kind nach den Jugoslawientribunalen. Man kann das nicht auf allen Gebieten machen. Aber angesichts der Tatsache, dass Bemühungen des Zusammenschlusses von einzelnen schwächer werdenden Vereinen offenbar nicht sehr erfolgversprechend sind, sollten die Themen herausgegriffen

werden, für die es unvermeidbar scheint, das große Potential des OKV effektiv und organisiert zu nutzen.

Einen weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit bilden die Menschenrechte.

Die GBM ist ein Gründungsmitglied des deutschen Forums Menschenrechte im Zusammenhang mit der Weltmensenrechtskonferenz der UNO 1993 in Wien. Es umfasst heute über 50 Vereine, von ai bis Pax Christi, vom dgb bis zum Deutschen Frauenrat. Das Forum Menschenrechte wurde 1994 mit dem Ziel gegründet, den Dialog zu Menschenrechtsfragen mit der Bundesregierung und dem Parlament auf der einen sowie der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite zu intensivieren und zu verstärken.⁴ In der Vergangenheit hat sich dieser Austausch aus Sicht der Zivilgesellschaft in der Regel bewährt. Wir haben als GBM durch unsere Mitarbeit im OKV auch diese Erfahrung gemacht. Aber das Forum beklagt - wie wir auch - dass der Dialog von Seiten der Bundesregierung nicht gleichberechtigt geführt und das Prinzip der Gegenseitigkeit verletzt wurde. Aus unseren eigenen Erfahrungen können wir sagen: wir haben uns mit ähnlichen Zielstellungen gegründet wie das Forum oder das OKV, aber die Achtung unserer Standpunkte durch die Bundesregierung, die wir in zahlreichen Dokumenten niederlegten, ist sie uns bis heute noch schuldig geblieben, egal wie Kanzler oder Kanzlerin hießen. Doch wir haben in sieben Weissbüchern über „Unfrieden in Deutschland“ eine erschreckende Bilanz von 18 Jahren staatlicher Einheit im ostdeutschen Anschlussgebiet gezogen. In einer der letzten Sitzungen des Menschenrechtsrats der UNO wurde der Staatenbericht der Bundesregierung behandelt. Die GBM, die an dem Alternativbericht des Forums mitgearbeitet hatte, wurde zwei Mal zustimmend im Menschenrechtsrat erwähnt,

- zur notwendigen Integration von Ost und West
- und zur Armutsbekämpfung.

⁴ Vgl. Werner Lottje, Die UN-Menschenrechtskonferenz in Wien 1993. In: gleiche Menschenrechte für alle. DGVN-Texte 43, Bonn 1994 S. 9f

Es wurde eine revidierte Politik von Deutschland gefordert, man forderte gleiche soziale Standards in Ost und West und forderte die BRD auf, das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt zu unterschreiben und zu ratifizieren.

Doch davon, diese UNO-Empfehlungen in die Tat umzusetzen, will die BRD offenbar nichts hören. Sie hat nicht nur im Falle von Kriegen wie gegen Jugoslawien im Chor mit den USA erklärt: „Mit der UNO, wenn möglich. Ohne UNO, wenn nötig“. Es bleibt jedenfalls wahr: Es ist zwar schwer, aber dennoch leichter, in UNO-Gremien akzeptiert zu werden als in den Ministerien der Berliner Republik. Wenn es dennoch nicht den Stellenwert bei der Bundesregierung hat, was die UNO ihr empfiehlt, dann heißt das nicht, resigniert die Mitarbeit im Forum Menschenrechte zu reduzieren, sondern mit noch besseren Dokumentationen, die wir zur Verfügung stellen, die Menschenrechtsinstitutionen im UN-System noch weiter aufzuwerten.

Wir haben auch nicht wenig erreicht bei dem UNO-Ausschuss über die Einhaltung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte, Ecosoc.

Wir haben uns immer für die Einheit von bürgerlichen, zivilen, politischen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Menschenrechten sowie für die Rechte auf Frieden, Umwelt und Entwicklung als Menschenrechte eingesetzt.

Bei unserer Gründung waren wir zunächst de facto und durch die Mitgliederstruktur vor allem eine Menschenrechtsorganisation für Rentnerinteressen. Auch dadurch haben wir immer viel soziologisches Material gehabt, um die Verletzung der Einheit von politischen und sozialen Menschenrechten im Einheitsprozess vor der UNO nachzuweisen. Und sie hat Forderungen an die Bundesrepublik gestellt, die große Korrekturen des Einigungsprozesses bedeutet hätten. Ich nenne einige⁵:

Ende 1998 hat der Ecosoc erklärt, dass die volle Integration Ost- und Westdeutschland teilweise unerfüllt bleibt. Er nennt die „fehlende volle Integration“ ein Hindernis für die volle

⁵ Alle folgenden Zitate vgl. in „Schlussbemerkungen des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zum 3. Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland“. In: Icarus 1999/1 S. 43 ff

Implementierung des Paktes durch die Bundesrepublik. Er nennt, fehlende Rechtsicherheit über den Status des Sozialpakts in Deutschland, besonders hohe Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands, Berufsverbote (aus politischen Gründen), unbefriedigende Rentenregelungen und Diskriminierungen etc. „Als einen Akt nationaler Versöhnung fordert der Ausschuss den Vertragsstaat auf zu sichern, dass den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, Fachleuten und Wissenschaftlern, die mit dem alten Regime in der DDR verbunden waren, Entschädigung gewährt wird, sowie zu sichern, dass solche Entschädigung sowohl adäquat als auch fair ist, um so viele wie möglich von ihnen in den Hauptstrom des Lebens in Deutschland einzubeziehen und/oder ihnen faire Entschädigung oder, soweit angebracht, angemessene Rentenregelungen anzubieten.“

Diese Forderungen bleiben uneingelöst. Das macht sie nicht hinfällig, sondern dringender. Das sage ich auch im Hinblick auf Wahlprüfsteine ostdeutscher oder in Ostdeutschland tätiger Vereine, Organisationen und Gewerkschaften, die lange überfälligen Forderungen der UNO zur Regierungspolitik zu machen.

In diesem Jahr hat das Forum MRe Forderungen zur Bundestagswahl an Parteien und Regierung gerichtet, die sich im Vorfeld der Wahlen ebenfalls anbieten, um ihre Verwirklichung zu unterstützen. Das ist ein umfangreiches Papier von dreißig Seiten. Ich nenne zwei Forderungen, die aktueller Unterstützung bedürfen.

- die Gleichwertigkeit von bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten und
- die zügige und vorbehaltlose Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum UN-Sozialpakt.
- Unter den exterritorialen Aufgaben würde drittens z.B. eine besondere Rolle spielen können, die Umsetzung des Völkerstrafgesetzbuches, das wohl eines der besten der Welt ist, aber in den sechzig Fällen, in denen in Deutschland Anklage erhoben wurde, in sieben Jahren seiner Existenz nie zur Anwendung kam.

Auf eine Forderung des Forums Menschenrechte an die Bundesregierung möchte ich besonders aufmerksam machen. Sie hat natürlich auch mit der Mitgliedschaft der GBM in diesem Forum zu tun.

„Wir fordern die künftige Bundesregierung ... auf, die Wahrung der Menschenrechte aus dem UN-Zivilpakt und UN-Sozialpakt im Inneren zu gewährleisten. Dazu gehört ein Programm zur existenzsichernden Erwerbsarbeit, die Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung sowie der Angleichung der Löhne, Gehälter und des Rentenwertes zwischen Ost- und Westdeutschland. Bestehende Gesetze müssen hier konsequenter umgesetzt und strukturelle Mängel bei Kontrollinstrumenten behoben werden.“ (Absatz 5.2 der „Forderungen...“⁶)

Wir stehen kurz vor Bundestagswahlen. Wir schlagen vor, dass wir diese Forderungen des Forums an die Bundesrepublik auch als Wahlprüfsteine verstehen, die wir verbreiten und die die anwesenden Organisationen übernehmen, sowohl um ihren eigenen als auch den unerfüllten Forderungen der UNO und des Forums Menschenrechte noch größeres Gewicht zu verleihen.

Wir können jedenfalls zwanzig Jahre nach 1998 feststellen, dass durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik die Debatte um die Anerkennung sozialer Rechte als Menschenrechte einen großen Impuls erhalten hat, der sich in der Regierungspolitik nicht umsetzt. Das Gleiche gilt - wenn auch in anderer Weise - für eine größere Selbstverständlichkeit der Akzeptanz von Frieden, Umwelt und Entwicklung als Menschenrechten im öffentlichen Disput. Das hat sich auch immer in der Arbeit des Ostdeutschen Kuratoriums widerspiegelt, das nicht selten in seinen verschiedenen Ostdeutschen Memoranden zum Impulsgeber in dieser Debatte wurde.

⁶ Der „Forderungskatalog des Forum Menschenrechte zur Bundestagswahl 2009“ liegt als Broschüre des Forums vor und ist über die GBM bestellbar bzw. über das Internet zugänglich.